

Christa Wichterich

Geschlechtergerechtigkeit, soziale Ungleichheit und Armut in der EU

Widersprüche 10 Jahre nach der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking

Der Überprüfungsprozess der Vereinten Nationen zehn Jahre nach der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking bilanzierte frauen- und geschlechterpolitische Fortschritte und Rückschritte. Gerade in bezug auf die soziale und ökonomische Situation von Frauen sind die Peking+10-Bilanzen aber auch Seismographen, wie sich die neoliberale Globalisierung regional und national im vergangenen Jahrzehnt auf Geschlechtergleichheit ausgewirkt hat.

Die Bilanzen weisen große regionale Unterschiede und Ungleichzeitigkeiten in der sozialen und wirtschaftlichen Gleichstellung auf, und zeigen gegenläufige Entwicklungen innerhalb einzelner Regionen. Gleichwohl lassen sich trotz unterschiedlicher nationaler, kultureller und politischer Rahmenbedingungen auch globale Tendenzen identifizieren.

Im folgenden geht es um eine Analyse der Gleichstellungserfolge und -defizite in der erweiterten EU aus sozio-ökonomischer Perspektive. Dabei soll auch aufgespürt werden, wie sich globale Tendenzen der Marktliberalisierung und wirtschaftlichen Umstrukturierung in Europa niederschlagen und sich vermittelt über nationale Politiken und lokale Rahmenbedingungen lokalisieren.

Die europäischen Gleichstellungsministerinnen zogen im Februar 2005 das lapidare Resümee: „Fortschritte wurden erreicht, Ungleichheiten bestehen weiterhin, Hindernisse dauern an“. Als soziale und ökonomische Fortschrittsindikatoren werden vor allem der höhere Bildungsstand von Mädchen und steigende Beschäftigungszahlen von Frauen gewertet. Genau diese beiden Bereiche – Bildung und Erwerbstätigkeit – gelten allgemein als Sprungbrett zu Geschlechtergleichheit und als sichere Wege aus der Armut.

In dem Maße, wie jedoch in den vergangenen beiden Jahrzehnten Bildung und Erwerbstätigkeit von Frauen zugenommen haben, mussten auch die hohen Erwartungen an deren Gleichstellungs- und Armutsbeseitigungseffekt zurückgeschraubt werden.

Mädchen überholen

Die Erfolge von Mädchen sind im Bildungsbereich eindrucksvoll: In allen EU-Ländern (mit Ausnahme Luxemburgs) schließen mehr Mädchen die Sekundarstufe erfolgreich ab als Jungen. In Deutschland sind 56,7 % der Gymnasialabsolventen weiblich und mehr als die Hälfte der Studienanfänger. Das bedeutet, dass sich das Problem eines Bildungsrückstands jetzt in Europa teilweise unter umgekehrten Geschlechtssymbolen stellt. So ist das Pisa-Problem in Deutschland primär ein Problem von Jungen.

Bildung und Berufsqualifizierung für Frauen sind notwendige, aber nicht hinreichende Voraussetzungen, um Armut und Ungleichheit zu überwinden. Trotzdem: Die Bildungserfolge von Mädchen übersetzen sich nicht in gleiche Beschäftigungs- und Einkommenschancen – ein Trend, der in der Karibik, in Lateinamerika, Südostasien und anderen Regionen, wo Mädchen bessere Bildungsabschlüsse als Jungen und junge Frauen sogar Qualifikationsvorsprünge erzielen, ebenfalls zu beobachten ist. Selbst unter hochqualifizierten Berufsanfängern ist die Erwerbslosigkeit von Frauen höher als von Männern. In Deutschland sind zwei Drittel aller Jugendlichen, die keine Lehrstelle finden, Mädchen. In der EU sind aufgrund des hohen weiblichen Qualifikationsniveaus in den neuen Länder inzwischen 41 Prozent der Promovierten Frauen, aber nur 14 Prozent der Professorenschaft.

Eine der Ursache für den Widerspruch von Bildungserfolg und Beschäftigungsdefiziten ist, dass sich an den Qualifikationsprofilen von Mädchen wenig verändert hat. Die meisten Mädchen wählen typisch „weibliche“ Fächer, Ausbildungsgänge und Lehrberufe, was eine markante geschlechtsspezifische horizontale Segmentierung auf den Arbeitsmärkten zur Folge hat. Die Hoffnung bei der Weltfrauenkonferenz in Peking, dass die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien alte geschlechtsspezifische Arbeitsteilungen umkrempeln und Frauen neue Qualifizierungs- und Berufsfelder eröffnen würden, haben sich kaum erfüllt. Vielmehr hat sich in den meisten Ländern ein stabiles „digitales Gefälle“ zwischen den Geschlechtern herausgebildet, das bei den Spielen von Kindern und Jugendlichen anfängt und sich beim Informatikstudium fortsetzt.

Beschäftigung und Einkommen – Integration und Prekarisierung im Westen

Die Entwicklung von Frauenerwerbstätigkeit steht ganz unter den Vorzeichen des wachsenden Drucks der Globalisierung, der sich als verschärfter Standortwettbewerb durch Kostensenkung äußert. Mit der wirtschaftspolitischen Prioritätensetzung auf Marktliberalisierung, Deregulierung und Privatisierung in der EU ging der Rückbau des europäischen Sozialstaatsmodells mit einem komplexen System sozialer Sicherung und öffentlicher Leistungen einher. Diese Tendenzen haben eine Verunsicherung von Existenzgrundlagen erzeugt, die zunehmend in alle sozialen Schichten hineinwächst, aber die sozial Schwachen unmittelbar und am heftigsten trifft.

In der alten EU wie auch in den meisten anderen Regionen der Welt hält die Feminisierung der Beschäftigung an. Stolz berichtet die EU-Kommission, dass es trotz der wirtschaftlichen Flaute gelungen sei, die Zahl erwerbstätiger Frauen in der EU zu steigern. In Deutschland ist die weibliche Erwerbsquote seit 2000 um 2 Prozentpunkte auf 58,9 gestiegen, während die der Männer sinkt. Doch der Haken zeigt sich sogleich: die Gesamtarbeitszeit von Frauen ist gesunken, denn viele Frauen sind lediglich geringfügig beschäftigt – mehr als doppelt so viele wie Männer. Der jüngste Zuwachs an Frauenarbeitsplätzen in Deutschland ist überwiegend auf Mini-Jobs, 1-Euro-

Jobs, Teilzeitarbeit und Ich-AGs zurückzuführen. Gleichzeitig nahm die Zahl regulärer Arbeitsplätze um 1,4 Millionen ab.

In einem EU-Land nach dem anderen wird schrittweise dereguliert: der Kündigungsschutz wird abgebaut, das Tarifrecht aufgeweicht, Niedriglohnbereiche etabliert, auf Drängen der EU nahm die ILO im Jahr 2000 in ihrem neuen Mutterschutzabkommen den absoluten Kündigungsschutz für Schwangere zurück. Flexibilisierung soll Arbeitsmärkte, Jobs und Arbeitskräfte wettbewerbsfähig im globalen Unterbietungsrennen machen und an die Markterfordernisse anpassen. Das Resultat dieser Umstrukturierung unter dem Kostensenkungsdiktat ist für Frauen höchst ambivalent: sie „gewinnen“ neue Jobs, aber in der Mehrzahl Niedriglohnjobs, prekär und wenig sozial abgesichert – Jobs, die durch die Aufteilung von regulären Vollzeitstellen, durch Auslagerung einzelner Arbeitsvorgänge aus Betrieben und Behörden und durch Lohndruck entstehen. Flexibilisierung von Beschäftigung findet derzeit vor allem über die Integration von Frauen in die Erwerbsmärkte und über die Informalisierung der Arbeitsverhältnisse statt.

In der EU sind 83 Prozent aller Teilzeitarbeitenden weiblich; anders formuliert: knapp ein Drittel aller erwerbstätigen Frauen sind teilzeitbeschäftigt, aber nur 6,6 Prozent der Männer arbeiten Teilzeit. Diese Schere zwischen den Geschlechtern öffnet sich weiter. Holland belegt die Spitzenposition in der Teilzeitarbeit mit drei Viertel der berufstätigen Frauen als Teilzeitarbeitenden. Informelle Beschäftigung ist in Europa vielfach „Selbstbeschäftigung“ wie die kreditgestützten Ich-AGs in Deutschland, von denen die wenigsten erfolgreich sind.

Während sich also auch in der alten EU der weltweite Trend zur Integration von Frauen in die Erwerbsmärkte verstetigt und in mittleren Qualifikations- und Berufsfeldern Angleichungen der Arbeitsbiographien stattfinden, kann trotzdem von Geschlechtergleichheit noch lange nicht die Rede sein: die Geschlechtssegmentierung der Erwerbsmärkte ist nicht aufgebrochen, und nirgendwo konnten geschlechtsspezifische Einkommensunterschiede entscheidend verringert werden. Der Stundenlohnunterschied zwischen vollzeitbeschäftigten Männern und Frauen beträgt im EU-Mittel 15 Prozent. Deutschland schneidet mit 23 Prozent erheblich schlechter ab.

Bei der Peking+5-Konferenz 2000 in New York kündigte die damalige deutsche Frauenministerin Christine Bergmann ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft an, um die systemischen Diskriminierung von Frauen in Unternehmen zu beseitigen. Doch die Privatwirtschaft lief Sturm gegen eine gesetzliche Regulierung, die Regierung ruderte zurück und begnügte sich mit einer „freiwilligen“ Verpflichtung der Unternehmen auf Chancengleichheit. Diese zeitigt jedoch nur schneckenhafte Fortschritte. So hinkt Deutschland nicht nur beim geschlechtsspezifischen Lohngefälle, sondern auch bei den Aufstiegschancen von Frauen in leitende Positionen hinterher. Laut EU-Angaben hatten in Deutschland 2003 Frauen 28 Prozent der Führungspositionen in Firmen und Behörden inne, der EU-Durchschnitt lag bei 31 Prozent. Nur fünf Prozent der Chefsessel in einem börsennotierten

Konzern sind in deutschen Landen mit einer Frau besetzt, der EU-Durchschnitt liegt doppelt so hoch.

Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung im Haushalt bzw. die zementierte Zuständigkeit von Frauen für die Kinderbetreuung ist der wesentliche Grund dafür, dass Märkte entlang maskulinorientierter Leitbilder gesteuert werden. Männer werden weiterhin auf den Erwerbsmärkten als „Ernährer“ gesehen, während Frauen als „Zuverdienerinnen“ gelten, die sich als Flexibilisierungspool in geringbezahlte, informelle Jobs kanalisieren lassen. Konservative Kräfte versuchen aber auch immer wieder die anhaltende „weibliche Erwerbsneigung“ an den heimischen Herd zurückzudrängen.

Gender Budgets

Gender Budgets schlüsseln Haushalte von Staaten, Kommunen oder Institutionen oder einzelne Programme geschlechtsdifferenzierend auf. Durch eine Einnahmen- und Ausgabenanalyse sollen geschlechtsspezifische Bevor- und Benachteiligungen transparent gemacht und dadurch Finanzplanungen entmystifiziert und Haushaltsführung demokratisiert werden. Ziel ist, finanzielle Ressourcen, vor allem aber öffentliche Gelder sozial und geschlechtergerechter zu verteilen.

In Großbritannien wies die *Women`s Budget Group* nach, dass *New Deal* Programme, Beschäftigungsprogramme für Erwerbslose, alleinerziehende Frauen vernachlässigten.

In der Schweiz zeigte ein Gender Budget auf, dass die Kommunen an Maßnahmen und Einrichtungen für Frauen sparen, obwohl männerorientierte Projekte, z.B. Bau eines Fussballplatzes, teurer sind. Die Gender Budget Initiative in Köln wies auf, dass die öffentlichen Zuschüsse für von Frauen genutzten

Weiterbildungsangebote in NRW zurückgehen, während Weiterbildung von Männern gemessen an ihren Nutzungsanteilen überproportional gefördert wird.

Im Gegensatz zu den skandinavischen Ländern und Frankreich ist fehlende Kinderbetreuung ein Hindernis für eine höhere Erwerbsbeteiligung deutscher Frauen: nur drei Prozent der Kinder haben in Westdeutschland einen Krippenplatz. Zwar ist die Zahl berufstätiger Mütter im vergangenen Jahrzehnt um 10 Punkte auf über 60 Prozent angestiegen, doch die meisten arbeiten flexibel, teilzeitig, als Aushilfe, geringentlohnt. Während sich die Karrierechancen für junge, kinderlose, hochqualifizierte Frauen verbessert haben, sind Mütter auf deutschen Chefetagen völlig unterrepräsentiert. Der augenblickliche Trend zur Verlängerung von Arbeitszeiten benachteiligt Mütter einmal mehr. Immer noch stecken Frauen ihre Berufskarriere zugunsten der Kinderbetreuung zurück und nur 4,9 Prozent der Väter nehmen Elternzeit, weil sie mehr verdienen als die Mütter und berechtigte Ängste vor dem beruflichen Aus- und Abstieg haben.

Bei der unbezahlten Sorgearbeit, die überwiegend Frauen leisten, kommt infolge des demographischen Wandels in allen EU-Ländern die Altenpflege als bedeutender Arbeits- und Zeitfaktor hinzu. 70 Prozent aller Pflegebedürftigen werden in Deutschland in Privathaushalten gepflegt, und zwar mehrheitlich von weiblichen Angehörigen gegen eine völlig unzureichende Aufwandsentschädigung. Mittelschichtfamilien lösen das Vereinbarkeitsproblem jedoch häufig auch mithilfe einer Frau aus einem neuen EU-Beitrittsland oder aus Übersee, die als Haushaltshilfe, Kinderbetreuerin oder Altenpflegerin beschäftigt wird. Das heißt, das Problem wird weder durch eine neue Arbeitsaufteilung zwischen Männern und Frauen noch durch öffentliche Versorgungsleistungen gelöst, sondern auf privater Basis als neue internationale Arbeitsteilung zwischen Frauen aus Ländern gemanagt, zwischen denen ein Wohlstandsgefälle besteht.

Die Kosten der Transformation im Osten

In den neuen EU-Mitgliedsländern sind große Unterschiede anzutreffen. In der tschechischen Republik, der Slowakei, Ungarn und Polen haben sich Beschäftigung und Entlohnung von Frauen im Geschlechtervergleich verbessert. In den meisten Ländern Osteuropas aber verschlechterte sich die Situation von Frauen in bezug auf Erwerbsarbeit und sozialen Sicherheit. Dort ist deutlich, dass die Wende von der Plan- zur Marktwirtschaft zu großen Teilen zu Lasten von Frauen ging und mit der Marktorientierung auch alte Geschlechterunterschiede wiedererfunden und verstärkt wurden. Insgesamt fand eine Verschiebung von weiblicher Erwerbstätigkeit aus qualifizierten Jobs in Industrien und Verwaltung hinein in den Dienstleistungssektor, sowie aus formaler in informelle Beschäftigung statt. Weibliche Arbeitslosigkeit liegt höher als die von Männern, vor allem bei den über Vierzigjährigen. Frauen konzentrieren sich erneut in personennahen Dienstleistungen und sozialen Berufen, die unterbezahlt sind. In Bulgarien sind 76 Prozent des Gesundheitspersonals und 80 % in Erziehungsberufen Frauen. Um das Überleben ihrer Familien zu sichern, nehmen viele Frauen Dequalifizierung und miserable Arbeitsbedingungen z.B. in der Textilindustrie in Kauf. In Estland fiel der Anteil von Frauen an Führungspositionen in wenigen Jahren erheblich.

Die Einkommensschere öffnet sich in einigen Ländern rasend schnell, zwischen arm und reich, aber auch zwischen den Geschlechtern. In Serbien-Montenegro hat sich der geschlechtsspezifische Lohnunterschied zwischen 1996 und 2000 im formalen Sektor von 15 Prozent, im informellen Sektor von 20 Prozent jeweils fast verdoppelt. Die neuen geschlechtsspezifischen Ungleichheiten sind im Gesamtkontext wachsender sozialer Disparitäten und Polarisierungen in den post-sozialistischen Gesellschaften zu sehen.

Die Chancenlosigkeit und verbreitete Armut haben eine hohe Migrationsbereitschaft zur Folge, sei es dass Polinnen selbstorganisiert und in der Nachbarschaft rotierend jeweils für einige Monate nach Westeuropa zur privaten Altenpflege gehen, junge Frauen nach dem Schulabschluss als Au Pair ihr Glück im Westen versuchen oder ein große Bereitschaft besteht, sich

in Dienstleistungsjobs in der Gastronomie oder Unterhaltungsindustrie „vermitteln“ zu lassen. Nach vorsichtigen Schätzungen werden jährlich 750 000 Frauen von Ost- nach Westeuropa gehandelt, die in sklavenähnlicher Prostitution ausgebeutet werden.

Feminisierung der Armut – auch in Europa

Weltweit ist Einkommensreichtum eher männlich, Armut eher weiblich. Fast in allen EU-Ländern liegt das Armutsrisiko von Frauen höher als das der Männer. In der wohlhabenden Alt-Europa finden sich die gleichen Armutsmuster wie in armen Ländern des Südens. Überall sind von Frauen geführte Haushalte überproportional arm. Beispiel Südafrika: dort sind 68 % der Haushalte mit weiblichem Vorstand arm, aber nur 31 % der männergeführten Haushalte. In den Niederlanden werden fast zwei Drittel der armen Haushalte von Frauen geführt.

Für erwerbstätige Frauen ist laut ILO das Armutsrisiko groß, weil sie in marginalen und informellen Arbeitsverhältnissen „kleben“ bleiben. Deshalb machen sie 60 Prozent der neuen sozialen Klasse der *Working Poor* aus. Sechs von sieben deutschen Alleinerziehenden - 2,5 Millionen - sind Frauen. 26,3 Prozent sind auf Sozialhilfe angewiesen. Die Armutsquote in dieser sozialen Gruppe ist dreimal so hoch wie in der deutschen Gesamtbevölkerung.

In der EU macht außerdem Alter den entscheidenden Unterschied: das größte Armutsrisiko besteht neben den Alleinerziehenden für alte Frauen, weil sie im Westen aufgrund diskontinuierlicher und kürzerer Berufszeiten signifikant niedrigere Rentenansprüche als Männer haben, während im Osten die alten Sozialsystemen zusammengebrochen sind.

Osteuropa ist neben Afrika die einzige Weltregionen mit einer wachsenden Anzahl armer Menschen, teils mit einer dramatischen Verarmungstendenz: in Serbien-Montenegro z.B. stieg die Armutsquote von 14 Prozent der Bevölkerung im Jahr 1990 auf 35 % in 2003, in Mazedonien vervielfachte sie sich im selben Zeitraum. Hier schlagen für Frauen zum einen die Existenzverunsicherung auf den Arbeitsmärkten, zum zweiten aber auch der Abbau der öffentlichen Daseinsvorsorge und die Zerschlagung sozialer Leistungen negativ zu Buche.

Besorgt sieht das Frauennetzwerk Karat-Koalition, in dem sich Organisationen aus neuen Mitgliedsländern und außerhalb der EU vernetzen, die EU-Erweiterung als gleichzeitigen Einschluss- und Ausschlussprozess mit wachsenden Ungleichheiten der Frauen der Region.

Veränderungen der politischen Diskurse

Vergleicht man die bei den Weltfrauenkonferenzen und Bilanztreffen verabschiedeten Dokumente bis hin zu den Resolutionen, die im März 2005

bei Peking+10 bei den Vereinten Nationen eingebracht wurden, so spiegeln sich Veränderungen der politische Diskurse und Leitorientierungen. Deutlich zeichnet sich ein Paradigmenwechsel in den politischen Debatten und Maßnahmen zur sozialen und ökonomischen Situation von Frauen ab. Während die Zukunftsstrategien der 3. Weltfrauenkonferenz von Nairobi noch weltwirtschaftliche Strukturen und Umverteilung thematisierten, liegt der Fokus seit den 1990er Jahren auf Ansätzen, Frauen als Homo Oeconomicus marktkompatibel und fit für Effizienzsteigerung und Konkurrenz zu machen. Das Empowerment-Konzept, das NGOs in Nairobi als Konzept kollektiver Machtbildung eingeführt hatten, ist inzwischen gänzlich individualisiert.

Bei der Peking+10-Bilanz war „Beschäftigungsfähigkeit“ ein zentraler Begriff, der die Wahrnehmung von der Politik auf die Eigenverantwortung und Leistungsfähigkeit der Individuen verschiebt. Die USA brachten einen Resolutionsentwurf zum „ökonomischen Fortschritt von Frauen“ ein, in der sie mit einem Schwergewicht auf Investitionen und Unternehmertum das Paradigma wirtschaftlicher und sozialer Frauenrechte durch das Konzept von „Chancengleichheit“ im neoliberalen Rahmen ersetzen: Frauen und Männer sollen auf einem ebenen Spielfeld chancengleich konkurrieren, gesetzliche Regulierung zur Umsetzung von Gleichheit und Frauenrechten will der Staat nicht machen. In ihrem zweiten Resolutionsentwurf zu Frauenhandel abstrahierten die USA völlig von den wirtschaftlichen Bedingungen in den Herkunftsländern und reduzierten das Problem mit einem Abolitionsansatz auf die Zunahme von Prostitution. Gerade osteuropäische Frauennetzwerke fokussieren dagegen auf Armut und Verelendung als Ursache für Frauenhandel.

Auch ein Vergleich des Armuts-Kapitel der Aktionsplattform von Peking mit den Millennium-Entwicklungszielen (MDGs) signalisiert eine andere politische Herangehensweise an das Problem der Frauenarmut. Die Aktionsplattform legte 1995 das Schwergewicht auf den Zusammenhang von Geschlechterungleichheit und Armut und sah die vielfältige Benachteiligung von Frauen als Ursache für die „Feminisierung der Armut“, einem im Vergleich mit Männern überproportionalen Zuwachs an Frauenarmut. Sie versteht Armut als ein multidimensionales Problem, das vielfältige Ursachen und Erscheinungsformen hat. Frauen sind arm an Ressourcen, Bildung, Gesundheit, Beschäftigung, Einkommen etc. weil sie arm an Rechten, Chancen, Macht, sozialer Sicherheit, Zeit, Gewaltfreiheit etc sind. Die verschiedenen Dimensionen von Armut bedingen sich wechselseitig.

Indem sie zu dem simplen Einkommensmaßstab von 1 Dollar pro Tag zurückkehren, lassen die MDGs diese Mehrdimensionalität ebenso außer Acht wie Geschlechterungleichheit als Armutsursache und das Menschenrecht auf Entwicklung, Nahrung, auf sexuelle und reproduktive Gesundheit, Bildung und Geschlechtergleichheit.

Die osteuropäischen Frauennetzwerke Karat Koalition und Stability Pact Gender Task Force (SPGTF) kritisieren, dass die MDGs die Formen von Armut, die sich in Osteuropa verbreiten, überhaupt nicht reflektieren und

folglich nicht nützlich für die Armutsbekämpfung in dieser Region sein können.

Fazit

Die Entwicklungen im alten und neuen Europa zeigen mit all ihren Widersprüchlichkeiten, dass Geschlechtergleichheit nicht eine einfache Frage der Zeit und der Zahlen ist. Trotz zunehmender Teilhabe von Frauen an Bildung und Beschäftigung sind Frauen immer noch nicht da gleich, wo die soziale und wirtschaftliche Macht ist. Teilhabe bedeutet nicht auch Umverteilung, von Ressourcen, Wohlstand und Macht. Trotz der Jobgewinne von Frauen setzen sich markante Ungleichheitsstrukturen zwischen Frauen und Männern auf den EU-Erwerbsarbeitsmärkten fort. Eine im Westen wie im Osten prägende Dynamik ist die durch den Standortwettbewerb, Kostensenkungsdruck und Sozialabbau ausgelöste große allgemeine Verunsicherung der Lebens- und Arbeitswelten. Es entwickeln sich zunehmend komplexere und differenziertere soziale Realitäten, in denen einerseits partielle Fortschritte für Geschlechtergerechtigkeit erfolgen, andererseits und gleichzeitig aber neue Ungleichheiten und neue Armut erwachsen. Geschlecht wirkt in den zunehmend polarisierten Gesellschaften Europas als eine bedeutende Kategorie sozialer Differenzierung und Spaltung.

Christa Wichterich

ILO (2004): Global Employment Trends 2004, Geneva

ILO (2005): World Employment Report 2004-05, Geneva

Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2005): Bericht zur Gleichstellung von Frau und Mann 2005, Brüssel, KOM (2005)44

UNIFEM (2000): Progress of the World's Women 2000, New York

UNIFEM (2003): Progress of the World's Women 2002, New York

UNRISD (2005), Gender Equity. Striving for Justice in an Unequal World. Geneva

United Nations, ECOSOC, Economic Commission for Europe (2004): Review of Implementation of the Beijing Platform for Action in the UNECE Region, ECE/AC.28/2004/4

Erschienen in:

**Social Watch Deutschland, Report 2005. Handeln statt Versprechen.
Soziale Gerechtigkeit und Armutsbekämpfung, 33-38**